

Datum: 20. Oktober 2011

Manager bieten 25 Millionen Euro für den Flughafen Hahn

Bernd Wientjes

Manager des Flughafens Hahn haben private Investoren gefunden, die sich an der Betreibergesellschaft beteiligen wollen. Zusammen mit den Geldgebern wollen Mitglieder der Führungsriege die Mehrheit an der Gesellschaft erwerben.

Lautzenhausen. 25 Millionen Euro - so viel wollen bislang fünf von insgesamt zehn Managern, darunter Geschäftsführer Jörg Schumacher, aus der eigenen Tasche und zusammen mit Investoren aufbringen, um "deutlich mehr als 50 Prozent" an der Betreibergesellschaft des Flughafens Hahn zu erwerben. Damit würde der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz von derzeit 82,5 Prozent (den Rest hält das Land Hessen) auf rund ein Drittel zurückgehen. Wer die Geldgeber sind, darüber schwieg Schumacher. Es handele sich um "international bekannte und nicht branchenfremde Investoren". "Wir halten sie für seriös", so der Hahn-Geschäftsführer. Vor acht Wochen hätten die Gespräche mit den Investoren, darunter wohl auch ein deutsches Unternehmen, begonnen, auf die man selbst zugegangen sei. Für das sogenannte Management-Buyout soll eine eigene Gesellschaft gegründet werden. Man trete dort als Privatpersonen auf und nicht als Mitglieder der Hahn-Geschäftsführung, sagte Schumacher. "Wir stehen zum Standort, sind vom Potenzial des Flughafens überzeugt und sehen große Chancen für die Zukunft."

Seit Jahren ist das Land auf der Suche nach privaten Investoren. Angeblich soll eine deutsch-russische Gruppe an einem Einstieg am Hahn interessiert sein. Eine Bestätigung dafür gab es aus dem Mainzer Verkehrsministerium bislang nicht. Verkehrsminister Roger Lewentz (SPD) begrüßt das seit vorgestern vorliegende Angebot der Manager. Man werde es prüfen, sagte er. Trotzdem gingen die Gespräche mit anderen potenziellen Investoren weiter. Auch der Betriebsrat der Betreibergesellschaft steht hinter dem Vorschlag: "Eine Privatisierung aus den eigenen Reihen ist auf jeden Fall einem fremden Investor vorzuziehen."

Bedenken kamen von der Gewerkschaft Verdi: Eine Privatisierung dürfe nicht um jeden Preis geschehen, "schon gar nicht, wenn damit Arbeitsplatzabbau oder schlechtere Arbeitsbedingungen verbunden sein sollten."

Weitere Infos zum Thema gibt es [hier](#)